

21./4. 1918.

21
57

Die Fleischration.

In einer an uns gerichteten Zuschrift wendet sich die Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden gegen „die irrthümliche Auffassung“, daß es beabsichtigt sei, die ordentliche Fleischwochenmenge in den Großstädten, die 250 Gramm betrage, zukünftig herabzusetzen. Zwar hätten wiederholt Erwägungen stattgefunden, ob zur Schonung des Viehstands eine Herabsetzung angängig sei, man habe jedoch bisher unbedingt daran festgehalten, die Wochenmenge von 250 Gramm auch weiterhin zu gewähren. Diese Regelung schließe aber nicht aus, daß infolge besonderer Vorkommnisse die Menge einmal um ein Gerings vermindert werde. Ein solcher Fall sei in Frankfurt in dieser Woche, seit Jahresfrist zum erstenmal, dadurch eingetreten, daß die infolge des herabgehenden Schlachtgewichts vorhandenen Fehlgewichte eine Nachlieferung von 1000 Rindern erforderlich machten. Eine solche nachträgliche Umlage bereite große Schwierigkeiten. Wer die Not der Viehaufbringung kenne, der werde sich eher darüber wundern, daß man Frankfurt seit Jahresfrist die normale Wochenmenge gesichert habe, als daß er sich benachteiligt fühlen könnte, wenn es einmal in einer Woche 50 Gramm weniger gebe.

Die Versicherung der Bezirksfleischstelle, daß es sich nicht um eine dauernde, sondern nur um eine ganz vorübergehende Kürzung der Fleischration handle, klingt ja recht tröstlich; es bleibt nur zu hoffen, daß es kein Aktentrost sei. Aus der der Presse zugegangenen Mitteilung war nicht ersichtlich, daß es sich nur um eine einmalige Kürzung der Wochenmenge handle, vielmehr hieß es, die Bezirksstelle habe dem Lebensmittelamt mitgeteilt, daß sie voraussichtlich schon in dieser Woche „nicht mehr imstande“ sein werde, die für die Belieferung mit 250 Gramm Fleisch erforderliche Zahl Rinder aufzubringen. Das heißt doch, daß man sich auf eine Kürzung der Ration ganz generell gefaßt zu machen habe. Wenn die städtischen Körperschaften und die Bürgerschaft das nicht gleichmütig hinnehmen und sich rühren, so braucht die Bezirksstelle sich darüber nicht zu wundern, denn der Ernährungsetat, mit dem wir uns in den Städten dauernd abzufinden haben, ist — verglichen mit der Lebensweise, die auch heute noch in weiten Teilen Deutschlands üblich ist — derart, daß er keine Abstriche mehr verträgt, solange nicht die Gesamtlage dies erfordert. Man darf erwarten, daß alles getan werde, um eine weitere Benachteiligung der großstädtischen Versorgung hintanzuhalten.